

Die Republik entdeckt die soziale Frage

Gefragt sind Reformen für mehr Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit



Armut in Deutschland ist das Thema dieser Wochen. Jeder Siebte verfügt über ein Einkommen unter der Armutsgrenze von 940 Euro.

EIN GASTKOMMENTAR VON DIERK HIRSCHEL

Die Republik entdeckt die soziale Frage. Jeder Siebte ist hierzulande arm. Das sind über 10 Millionen Menschen. Darunter 1,7 Millionen Kinder. Als arm gilt, wer monatlich weniger als 940 Euro für Miete, Lebensmittel, Kleidung und übrigen Bedarf in der Tasche hat. Betroffen sind in erster Linie Arbeitslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien. All dies ist seit Jahren bekannt. Dennoch nimmt die Armut weiter zu. Ohne Sozialstaat wäre die Lage noch dramatischer: Ohne Arbeitslosengeld, ALG II und Familienlastenausgleich würden zwei von fünf Mitbürgern in Einkommensarmut leben. Das wären Weimarer Verhältnisse.

Die Regierung schiebt den schwarzen Peter weiter. Für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre trägt sie keine Verantwortung. Und in Anbetracht leerer Kassen kann der Sozialstaat nur kleine Brötchen backen. Skandinavische Verhältnisse sind in

Deutschland nicht bezahlbar. Hier tut Erinnerungsarbeit dringend not. Das schwache Wachstum der letzten Jahre war immer auch wirtschaftspolitisch verursacht. Die Sparpolitik hat das Wachstum gedrosselt. Die öffentliche Investitionsquote ist auf historischem Tiefststand. Die staatliche Förderung geringfügiger und prekärer Beschäftigung sowie Hartz IV drücken die Löhne. Nur noch zwei von drei Jobs sind sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze.

Der Sozialstaat ist unterfinanziert

Die Reallöhne sinken das dritte Jahr in Folge. Somit bleibt die Konsumschwäche – trotz des konjunkturellen Strohfeuers – die Achillesferse der Konjunktur. Arbeitslosigkeit, Mini-, und Midijobs reißen riesige Löcher in die Sozialkassen. Dank dieser schlechten Wirtschaftspolitik bleibt der Sozialstaat unterfinanziert. Wäre die Wirtschaft in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 2,5 Prozent gewachsen, hätte der oberste Schatzmeister



Autor Dr. Dierk Hirschel, 36, studierte Volkswirtschaft. Seit 2003 ist er Chefökonom des DGB. Sein letztes Buch trägt den Titel „Einkommensreichtum und seine Ursachen“. Metropolis Verlag, Marburg 2005

2005 fast 40 Milliarden Euro mehr in der Kasse gehabt.

Hinzu kommt die Steuerpolitik. Deutschland ist Vizeeuropameister im Steuersenken. Unsere Steuerquote ist die niedrigste in Europa. Bund, Ländern und Kommunen fehlen durch üppige Steuergeschenke jährlich 45 Milliarden. Die verteilungspolitische Schieflage verschärft die Situation. Die Senkung von Spitzensteuersatz und Körperschaftssteuer haben weder Konsum noch Investitionen angekurbelt. Dies war verbranntes Geld.

Bessere Regeln für den Arbeitsmarkt

Der unterfinanzierte Sozialstaat ist somit das Ergebnis von Politikversagen. Der hilflose Versuch, über Mehrwertsteuer und Kürzungen bei Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen – zusammen über 30 Milliarden Euro – die Löcher wieder zu stopfen, ist an Dilettantismus kaum mehr zu überbieten. Denn durch die Belastung unterer und mittlerer Einkommensbezieher wird der kurze Aufschwung wieder abgewürgt.

Alles droht zu bleiben wie es ist. Die soziale Frage füllt die Sonntagsreden. Die Realpolitik kapituliert vor den Verhältnissen. Was wir jetzt aber brauchen, sind Reformen, die helfen, die soziale Spaltung zu überwinden. Reformen für mehr Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit. Ein moderner Sozialstaat hat eine konjunktur- und beschäftigungspolitische Verant-



wortung. Soziale Dienstleistungen und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor sollten ausgebaut werden.

Deutschland braucht eine Bildungsoffensive

Auf dem Arbeitsmarkt bedarf es besserer Regeln: Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Be-

schäftigungsstabilität. Der Wildwuchs prekärer Jobs darf nicht weiter gefördert werden. Die Sicherungssysteme müssen die Risiken atypischer Erwerbsbiographien absichern.

Der Sozialstaat der Zukunft investiert in Bildung. Deutschland braucht eine breit angelegte Bildungsoffensive für Kinderkrippen, Schulen und Universitäten. Hierfür müssen auch stärkere Schultern ihren Beitrag leisten

Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen Entlastung Der Ankündigungsminister handelt nicht



EIN KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Die Übertragung vielfältiger Verwaltungsaufgaben von der Schulbehörde auf die Schulleiterinnen und Schulleiter gehört zum Kern der „eigenverantwortlichen Schule“. Mit der Schulverwaltungsreform von 1996 begann die Aufgabenverlage-

rung. Nach den Absichtserklärungen der Regierung sind weitere äußerst arbeitsintensive Übertragungen geplant. Zudem betont das Schulgesetz die hervorragende Verantwortung der Schulleiterinnen und Schulleiter. Keine Frage, dass ihre Entlastung durch Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung längst überfällig ist.

Seit seinem Amtsantritt lässt der Kultusminister in keiner Rede die Gelegenheit aus, die besondere Stellung der Schullei-

terinnen und Schulleiter hervorzuheben, ihre Wertschätzung zu betonen und ihre Entlastung anzukündigen. Gehandelt hat er bisher nicht. Das aber ist seine Aufgabe. Diese Diskrepanz zwischen Ankündigungen und realem Handeln ist typisch dafür, wie die Schulverwaltungsreform und die eigenverantwortliche Schule umgesetzt werden.

Dass diese Umgestaltung eine teure Veranstaltung werden würde, ist im Ministerium bekannt. In einer der Anlagen des Konzeptionspapiers zur Eigenverantwortlichen Schule werden diese Kosten auf den Gegenwert von 500 Stellen geschätzt. Daraus sollte die Schulinspektion, ein Unterstützungssystem und eben die Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter bezahlt werden.

Der Minister hat bisher keine Finanzmittel für sein Lieblingsprojekt beantragt. Offenbar will er keinen Streit mit dem Finanzminister und er glaubt wohl an die Ideologie, dass der viel beschworene Abbau der Bürokratie Kosten reduziert. Alles wird aus der Unterrichtsversorgung bezahlt: Durch Frühpensionierung ausscheidende Dezernentinnen und Dezernenten

werden durch unbefristet in die Schulbehörde abgeordnete Schulleiterinnen und Schulleiter ersetzt. Wenn Inspektorinnen und Inspektoren ausgebildet und eingesetzt werden, wird dies in der Regel genauso geregelt. Auch die Fachleute für Unterrichtsentwicklung werden aus der Unterrichtsversorgung finanziert. Dieser Missbrauch der Unterrichtsversorgung macht zur Zeit ein Prozent aus.

Wie will der Minister die Mittel für die Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter finanzieren? Will er die Kollegien noch stärker mit Arbeit überhäufen? Will er die Unterrichtsversorgung zusätzlich missbrauchen? Oder will er die Entlastung weiterhin nur ankündigen?

Die GEW hat grundsätzliche Kritik an Busemanns „Eigenverantwortlicher Schule“. Das ist bekannt. Wir müssen darüber hinaus feststellen, dass sie massive zusätzliche Belastungen mit sich bringt, für Schulleiterinnen und Schulleiter, für Lehrerinnen und Lehrer und das übrige Schulpersonal. Das ist nicht hinzunehmen. Der Kultusminister muss den Willen und den Mut haben, zusätzliche Mittel im Haushalt einzufordern.